

Ergebnis der Sitzung des Gemeinderates vom 01. Februar 2007

Vorlage des Jahresabschlusses des Gemeindewasserwerkes Perl und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2005 sowie die Feststellung des Jahresabschlusses 2005

Die Abschlusszahlen des Wirtschaftsjahres 2005 stellen sich wie folgt dar:

a) Bilanzsumme	3.647.251,02 €
b) Summe der Erträge	746.697,24 €
c) Summe der Aufwendungen	744.130,37 €
d) Jahresgewinn	2.566,87 €

Der Jahresgewinn des Vorjahres in Höhe von 7.690,77 € wurde laut Beschluss auf neue Rechnung vorgetragen, so dass sich insgesamt ein Jahresgewinn von 51.201,64 € ergibt, über dessen Verwendung der Gemeinderat zu entscheiden hat; es wird vorgeschlagen, die Summe auf neue Rechnung vorzutragen.

Nach Beratung hatte der Werksausschuss am 23.01.2007 auf Vorschlag der Wirtschaftsprüfer und der Werkleitung einstimmig dem Gemeinderat empfohlen, den Jahresabschluss 2005 mit den vorstehenden Abschlusszahlen festzustellen und den Jahresgewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

Nach kurzer Darstellung durch den Vorsitzenden beschloss der Gemeinderat einstimmig:

1. Den Jahresabschluss 2005 mit den vorstehenden Abschlusszahlen festzustellen.
2. Den Jahresgewinn in Höhe von 2.566,87 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Vorlage des Jahresabschlusses des Abwasserbetriebes der Gemeinde Perl und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2005 sowie die Feststellung des Jahresabschlusses 2005

Die Abschlusszahlen des Wirtschaftsjahres 2005 stellen sich wie folgt dar:

a) Bilanzsumme	13.471.479,34 €
b) Summe der Erträge	1.321.225,90 €
c) Summe der Aufwendungen	1.442.531,19 €
d) Jahresverlust	121.305,29 €

Der Verlustvortrag aus den Vorjahren beläuft sich auf 214.491,34 €. Es wird vorgeschlagen, den Jahresverlust zunächst auf neue Rechnung vorzutragen, so dass sich danach ein Verlustvortrag in Höhe von insgesamt 335.796,63 € ergibt.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 14. Dezember 2006 im Rahmen der Beratungen zum Wirtschaftsplan 2007 des Abwasserbetriebes beschlossen, die gesamten Verlustvorträge aus Vorjahren durch eine Abbuchung aus den Rücklagen auszugleichen. Damit wäre dann ab dem Wirtschaftsjahr 2006 zunächst kein Verlustvortrag mehr vorhanden.

Auf Vorschlag der Wirtschaftsprüfer und der Werkleitung hatte der Werksausschuss am 23.01.2007 einstimmig beschlossen, dem Gemeinderat zu empfehlen, den Jahresabschluss 2005 mit den vorstehenden Abschlusszahlen festzustellen und den Jahresverlust zunächst auf neue Rechnung vorzutragen sowie entsprechend dem Beschluss des Gemeinderates vom 14.12.2006 die gesamten Verlustvorträge aus Vorjahren durch eine Abbuchung aus den Rücklagen auszugleichen.

Im Rahmen der Beratungen griff Fraktionsvorsitzender Schmitt den Hinweis des Wirtschaftsprüfers auf, wonach die Gebühren nicht kostendeckend sind. Nach seinem Dafürhalten bestehe daher beim Abwasserbetrieb ein dringender Handlungsbedarf. Da jedoch durch die erhöhten Zuführungen aus dem Haushalt der Gemeinde keine Gebührenerhebung bis auf die Anpassung, verursacht durch den einheitlichen Verbandsbeitrag des EVS, erfolgt ist, könne seine Fraktion dem vorgelegten Abschluss zustimmen.

Nach Abschluss der Beratungen beschloss der Gemeinderat einstimmig:

1. Den Jahresabschluss 2005 mit den vorgenannten Abschlusszahlen festzustellen.
2. Den Jahresverlust von 121.305,29 € zunächst auf neue Rechnung vorzutragen.
3. Die sich dann ergebenden gesamten Verlustvortrag in Höhe von 335.796,63 € durch eine Abbuchung aus den Rücklagen auszugleichen.

Bauleitplanung für den Ortsteil Münzingen – Beschluss einer Innenbereichssatzung gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) für den Bereich "Gliederbachstraße/Glückfeld"

Der Gemeinderat hatte in seiner Sitzung am 14.12.2006 nach Vorberatung im Bauausschuss beschlossen, für den Planungsbereich "Gliederbachstraße/Glückfeld" im Ortsteil Münzingen eine Innenbereichssatzung gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) aufzustellen. Der Aufstellungsbeschluss ist im amtlichen Bekanntmachungsblatt der Gemeinde Perl "Mosella" vom 21.12.2006 öffentlich bekannt gemacht worden.

Der Vorsitzende gab dem Gemeinderat ein Schreiben des Ortsvorstehers von Oberleuken/Keßlingen/Münzingen bekannt, in dem er darum bittet, den Satzungsbeschluss zunächst zu vertagen, da seitens des Ortsrates noch Aufklärungsbedarf, u.a hinsichtlich der Erschließung des Geländes sowie dem Abstand zur Kläranlage bestehe.

Der Gemeinderat beschloss daraufhin einstimmig, dem Antrag des Ortsvorstehers und dem Vorschlag des Vorsitzenden folgend, den Satzungsbeschluss bis zur Gemeinderatssitzung am 15.03.2007 zu vertagen.

Bauleitplanung für den Ortsteil Sinz – Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes "In der Acht, II. BA" (Offenlegungsbeschluss)

Der Bereich des Bebauungsplanes "In der Acht" im Ortsteil Sinz wurde seinerzeit auf Wunsch der Landesplanung in zwei Teilbereiche gegliedert. Der Bebauungsplan "In der Acht" (Teilbereich 1) ist mit Bekanntmachung vom 25. August 2003 in Kraft getreten. Wie mit der Landesplanung vereinbart, hat der Gemeinderat daher in seiner Sitzung am 14.12.2006 den Aufstellungsbeschluss für den zweiten Teil des Planungsgebietes gefasst. Der Ortsrat von Sinz hat den Entwurf des Bebauungsplanes "In der Acht, II. BA" bereits im Vorfeld in seiner Sitzung am 24.11.2006 erörtert und einstimmig beschlossen, den Bebauungsplanentwurf in der vorliegenden Form umzusetzen.

Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach dem BauGB in Form eines Bürgerinformationstermins hat am 16.01.2007 stattgefunden; hier wurden keine Bedenken und Anregungen zu der Planung vorgebracht.

Der Gemeinderat beschloss einstimmig, den Entwurf des Bebauungsplanes entsprechend den Bestimmungen des BauGB öffentlich auszulegen und im Parallelverfahren die Träger öffentlicher Belange zu beteiligen.

Antrag der CDU-Fraktion - Grundsatzdiskussion: "Bauen in der Gemeinde Perl"

Die CDU-Fraktion hat mit Schreiben vom 15.01.2007 die Aufnahme eines Beratungspunktes in die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung beantragt.

Der Antrag war der Einberufung als Kopie beigelegt; die notwendigen Erläuterungen hierzu sollten zur Sitzung durch die Fraktionsvorsitzende erfolgen.

Nach einer kurzen Einführung in die Thematik durch den Vorsitzenden gab Fraktionsvorsitzende Willkomm nochmals den Wortlauf des Antrages selbst bekannt und begründete anschließend den von der CDU gestellten Antrag im Detail. Dabei wies sie insbesondere auf die besondere Stellung der Gemeinde Perl im Dreiländereck hin. So sei es u.a. erklärter Wille der CDU-Fraktion dafür zu sorgen, dass die Gemeinde Perl weiter wachsen kann und man daher bestrebt ist, auch weiterhin Bauwilligen in der Gemeinde Perl entsprechendes Bauland zur Verfügung zu stellen.

Bei der Beurteilung und Genehmigung von Bauvorhaben im Innenbereich sei man bisher eindeutig nach Recht und Gesetz vorgegangen. Man sollte jedoch versuchen, um zukünftig Bausünden in diesem Bereich vermeiden zu können, ein Element der Fein-Steuerung für die Gemeinde einzuführen. Um sich hier alle rechtlichen Möglichkeiten aufzeigen zu lassen, beantragt die CDU-Fraktion daher die Einschaltung eines Rechtsexperten bzw. Gutachters. Um eine Entscheidung hier durch den Gemeinderat entsprechend vorbereiten zu können, sollte nach Auffassung der CDU-Fraktion zunächst differenziert für jeden Ortsteil ermittelt werden, welches Steuerungselement zur Erreichung des beschriebenen Zieles infrage kommen kann, um dann im Anschluss entsprechende Beschlüsse durch den Gemeinderat zu fassen.

Im Rahmen der sich daran anschließenden zum Teil sehr kontrovers geführten Diskussion lehnte Fraktionsvorsitzender Schmitt für seine Fraktion den Antrag der CDU ab, da dies nach seiner Ansicht die notwendigen Entscheidungen in der Sache nur verzögere und man nach seinem Dafürhalten jedoch gezwungen sei sofort zu handeln. Er verwies dabei auf die Berichte in der Presse und die hierzu veröffentlichten Leserbriefe der vergangenen Wochen.

Im Rahmen der Beratungen machte das Mitglied Stegmann für seine Fraktion nochmals deutlich, dass man die Investitionen in Perl wolle, sich jedoch bemühen sollte, ein geeignetes Steuerungselement für die Bebauung im Innenbereich zu finden.

Nachdem der Vorsitzende das Ergebnis der Beratungen zusammen gefasst hatte und die aktuelle Ausgangssituation aus **der Sicht der Verwaltung** nochmals klargestellt hatte, beschloss der Gemeinderat mehrheitlich bei sechs Gegenstimmen, dem Antrag der CDU-Fraktion zu folgen und die rechtlichen Möglichkeiten zur Steuerung der Bebauung im Innenbereich durch Einschalten eines geeigneten Fachplaners bzw. Gutachters zu überprüfen und das Ergebnis dieser Untersuchung zunächst im Bauausschuss zu erörtern.

Anträge der SPD-Fraktion:

- **Aufstellung einer Innenbereichssatzung gem. § 34 Baugesetzbuch für alle Ortsteile der Gemeinde Perl**

Die SPD-Fraktion hatte am 22.01.2007 schriftlich die Aufnahme der vorgenannten Anträge auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung beantragt.

Der Antrag der SPD-Fraktion war ebenfalls der Einberufung als Anlage beigelegt; auch hier sollten die Erläuterungen zu dem Antrag durch die Fraktion in der Sitzung erfolgen.

Vor Eintritt in die Beratungen zu diesem Punkt erhielt auch hier der Fraktionsvorsitzende die Gelegenheit, den Antrag der SPD-Fraktion nochmals vorzutragen und zu erläutern. Vorab erklärte Herr Schmitt, den Antrag dahingehend zu ergänzen, dass neben der Aufstellung einer Innenbereichssat-

zung ggf. die Aufstellung eines Bebauungsplanes für jeden einzelnen Ortsteil erfolgen sollte bzw. gleich lautend beantragt werde.

Die von ihm geforderte Innenbereichssatzung bezieht sich nach seiner Aussage auf eine Satzung gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 2 BauGB. Im Rahmen der sich anschließenden ebenfalls sehr kontroversen Diskussion konnte er jedoch nicht schlüssig darlegen, mit welchen konkreten rechtlichen Mitteln diese in seinem Antrag formulierten Ziele erreicht werden sollten. Er wies jedoch nochmals das Ansinnen der CDU-Fraktion zur Beauftragung eines Gutachters zurück, da dies nur eine erhebliche zeitliche Verzögerung mit sich bringen würde und nach Auffassung der SPD-Fraktion jedoch dringender Handlungsbedarf geboten ist. Die SPD-Fraktion plädierte daher dafür, gemäß dem Antrag unmittelbar entsprechende Beschlüsse zur Aufstellung einer Innenbereichssatzung bzw. eines Bebauungsplanes für jeden einzelnen Ortsteil der Gemeinde zu fassen. Den Einwand der Verwaltung, dass dies rechtlich so nicht möglich sei, ließ er jedoch nicht gelten.

Nach Abschluss der Beratungen wurde der Antrag der SPD-Fraktion mehrheitlich bei sechs Ja-Stimmen abgelehnt; über den Antrag der Frau Keren auf Vertagung der Entscheidung war somit nicht mehr abzustimmen.

- **Verkehrssituation im Ortskern Perl - Beauftragung eines Gutachtens**

Auch dieser Antrag der SPD-Fraktion war der Einberufung als Anlage beigelegt; die notwendigen Erläuterungen erfolgten durch den Fraktionsvorsitzenden in der Sitzung.

Hier verwies der Vorsitzende auf das Ergebnis des bereits stattgefundenen Informationsgesprächs mit dem Beteiligten. Aufgrund dieses Bürgerinformationstermins wurden bereits verschiedene Dinge auf den Weg gebracht. Das Ergebnis der bereits veranlassten Untersuchungen sollte abgewartet werden bevor hier ein Verkehrsgutachten erstellt wird. Bereits mit einbezogen sind hier die Gewerbetreibenden in der Ortsmitte von Perl, die Straßenverkehrsbehörde bei der landrätlichen Verwaltung, das zuständige Ministerium für Inneres, Familie, Frauen und Sport, die RSW als Träger des ÖPNV und die zuständige Polizeidienststellen. Die Situation soll zunächst in einem gemeinsamen Termin im Rahmen einer so genannten "Verkehrsschau" untersucht und bewertet werden.

Der Vorsitzende schlägt daher vor, diesen Termin zunächst abzuwarten und dann die Angelegenheit erneut dem Gemeinderat bzw. zunächst dem Bau- und Umweltausschuss zur Beratung vorzulegen; diesem Vorschlag schloss sich der Gemeinderat einstimmig an.

Entgelttarif für das Hallenbad Perl (Familienkarte)

Im Rahmen der Beratung und Beschlussfassung über die Neufestsetzung der Entgelte für die Benutzung des Hallenbades Perl in der Sitzung des Gemeinderates am 30.10.2006 und mit Schreiben vom 12.12.2006 hat die SPD-Fraktion die Einführung einer Familienkarte zum Betrag von 6,00 € für eine Familie mit ihren eigenen Kindern beantragt.

Nach Recherchen hinsichtlich der Familienkarten anderer Bäder hat die Verwaltung einen Vorschlag für eine Familienkarte erarbeitet, nach dem die Vergünstigung bei einer Familie mit einem Kind 0,50 € und bei zwei Kindern 1,00 € beträgt; das dritte und jedes weitere Kind einer Familie ist bei gemeinsamem Eintritt in das Bad vom Eintrittsgeld befreit.

Der Verwaltungsvorschlag sieht insofern folgende Entgelte für eine Familienkarte vor:

Familie mit einem Kind:	7,50 €	(ohne Vergünstigung: 8,00 €),
Familie mit zwei Kindern:	9,00 €	(ohne Vergünstigung: 10,00 €),
Familie mit drei und mehr Kindern:	9,00 €	(ohne Vergünstigung: 12,00 € 14,00 € usw.).

Eine entsprechende Ergänzung des Entgelttarifs für das Hallenbad Perl wird vorgeschlagen.

Hierzu beantragte Herr Stegmann für die CDU-Fraktion, den Tarif für Familien mit einem Kind auf 7,00 € und für Familien mit zwei und mehr Kindern auf 8,00 € festzusetzen. Frank Schmitt stellte für die SPD-Fraktion dagegen den Antrag, unabhängig von der Anzahl der Kinder, eine Familienkarte zum Preis von 6,00 € anzubieten.

Nach Beratung beschloss der Gemeinderat zunächst über den weitergehenden Antrag der SPD; dafür stimmten sechs Mitglieder. In der darauf folgenden Abstimmung beschloss der Gemeinderat mehrheitlich bei sechs Gegenstimmen und einer Enthaltung die Annahme des Antrages der CDU-Fraktion und damit eine entsprechende Ergänzung des am 30.10.2006 beschlossenen Entgelttarifs für die Benutzung des Hallenbades der Gemeinde Perl

Grundstücksangelegenheiten

Der Gemeinderat stimmte einer Änderung der Gemarkungsgrenze zwischen Perl und Oberperl sowie dem Verkauf eines Baugrundstücks in Tettingen-Butzdorf jeweils einstimmig zu.

Informationen

- **Wechsel der Postfiliale in Perl**

Die Deutsche Post (Service Niederlassung Filialen), Regionalleitung Südwest aus Stuttgart hat mit Schreiben vom 10.01.2007 mitgeteilt, dass entgegen der Ankündigung vom November 2006 die Partnerfiliale in Perl erhalten bleibt, da sie einen geeigneten Kooperationspartner gefunden hat. Geplant ist die Eröffnung der Partnerfiliale der Deutschen Post in Tina's ABC Lädchen in der Bergstraße 11 ab dem 01.03.2007.

Nach Aussage der Post bleibt damit „die postalische Versorgung der Bevölkerung in der Gemeinde weiter im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben in vollem Umfang gewährleistet“.

Der Gemeinderat nahm diese doch erfreuliche Entscheidung zustimmend zur Kenntnis.

- **Aufnahme von Maßnahmen in das kommunale Substanzerhaltungsprogramm 2003 bis 2009**

Die Ministerin für Inneres, Familie, Frauen und Sport hat mit Erlass vom 08.01.2007 mitgeteilt, dass der geplante Neubau des Feuerwehrgerätehauses im Ortsteil Perl (neue Rettungswache) mit einem Kostenanteil von 800.000,-- € in das kommunale Substanzerhaltungsprogramm ab dem Jahr 2007 aufgenommen wird; nähere Einzelheiten hierzu wurden kurz vom Vorsitzenden erläutert.

Dem Dank des Vorsitzenden an die Ministerin schlossen sich die Mitglieder des Gemeinderates an.

- **Stellungnahme des luxemburgischen Premierministers Jean-Claude Juncker zu der Problematik des Wohnungsbaus im Grenzbereich**

Der luxemburgische Premierminister hat mit Schreiben vom 22.12.2006 zu der Anfrage des stellvertretenden Landesvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen im Saarland, Herrn Klaus Borger, Stellung bezogen. Der Wortlaut des Schreibens wurde den Mitgliedern bekannt gegeben; diese nahmen dies so zur Kenntnis.